

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheint 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.50 Mk., vierteljährlich 4.50 Mk., durch Träger und andere Bezieherinnen frei aus Haus monatlich 1.50 Mk., vierteljährlich 4.50 Mk. Durch die Post bezogen monatlich 1.60 Mk., vierteljährlich 4.80 Mk., ohne Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtes Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 6013, 6014, 6017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Nassau 25 Pf., Rheinlande 20 Pf., außerhalb 30 Pf., Rheinlande 1.50 Mk. Belegpreise u. Abnehmer laut Tarif. Sonderbeleg 6 Pf. pro 1000.

Nummer 643

Donnerstag, 19. Dezember 1918.

72. Jahrgang.

Was mir an der „Deutschen Volkspartei“ so gut gefällt!

2. Ihr Bekenntnis zum Deutschtum.*)

Unsere Partei nennt sich stolz „Deutsche Volkspartei“. Nach W. Scherer bedeutet der Ausdruck „deutsche“ soviel wie „volkstümlich“ (von deut. „Volk“). In der Sprache „Deutsche Volkspartei“ haben wir also eine Wortverdoppelung vor uns, die wohl etwas besonderes bezeugen soll. Das deutsche Volk ist das volkstümliche Volk, oder mit anderen Worten: das Volk schlechthin, wobei wir natürlich gerne zugeben, daß auch alle anderen Völker eine einzigartige Rolle auf der Weltbühne durchzuführen haben. Als Volk ist unser Volk keinem Völkchen nach gemittelt, wahrheitsgemäß, ursprünglich, religiös, trennend, ehrlich und bieder, ein Volk der Dichter und Denker, aber auch ein Volk der Schulen und Kaserne. Vor allem wertvoll erscheint mir sein eigentümlicher Zug zur Innerlichkeit. Je tiefer wir aber in das Wesen unserer Volkspartei eindringen, desto mehr finden wir keine entscheidenden Interessen aus mit den Interessen der Menschheit, daher andere deutschen Männer wie ein Schüler, ein Herde, ein Goethe, ein Kant usw. kein bei aller Deutschtum ausgeprägtes Weltbüßer, sondern eine eigenartige Strebenrichtung erhält klar den Beruf unseres Volkes als „Kulturvolk“, wobei wir unter Kultur natürlich nicht äußerliche, oberflächliche Zivilisation, sondern die Beherrschung und Durchdringung der Nation durch das allumfassende, schöpferische Geistesleben begreifen. Gemäß dieser Auffassung unseres Deutschtums muß unsere Organisation notwendig als eine Kulturpartei in die Schranken treten. Sie vertritt die Rechte eines freien, reinen Volks- und Menschentums, welches durchaus mit einem ursprünglich erlebten Christentum eins ist. Unsere Partei ruht also auf Grundtätigkeiten, auf einer Weltanschauung, was ihr nicht bloß festen Halt und Stütze verleiht, sondern sie auch befähigt, schöpferisch in den Gängen der Ereignisse einzugreifen.

An diesem Punkte werden wir uns einer gewissen Verwandtschaft mit dem Zentrum bewußt. Diese Partei trägt ja nicht nur deshalb ihren Namen mit Recht, weil sie im Parlament eine der mittleren Stufen einnahm, sondern auch deshalb, weil sie mit ihrer Politik bis in das Zentrum des Seins vordringt, sich also in Gott und in der Kirche verankert. Daher ist und bleibt der Zentrumsgeist und ihre Väter Charakteristika und Geschlossenheit nachzuerkennen, und daher ist das Zentrum auch im Stande, ausgleichend nach beiden Seiten, also nach rechts und links zu wirken, ohne seinen Stützpunkt auszugeben. Leider ist die Praxis der Partei vorerst durch den unzeitgemäßen, mittelalterlichen Kirchenbegriff, Wissenschaft, Kunst, Schule, alle diese Organisationen sollen sich bedingungslos der Kirche unterordnen. Ihre Anhänger sammeln sich ziemlich ausschließlich aus den Kreisen der römisch-katholischen Kirche. Der ganzen Bewegung ist auch ein ultramontaner Zug eingegeben, wenn auch nicht geleugnet werden kann, daß dieser Zug im Laufe der letzten Jahre stark verflachte. Endlich soll nicht verschwiegen werden, daß im Hinblick auf den erst genannten Mangel die Zentrumspartei ziemlich ratlos der gegenwärtigen Krise gegenübersteht, und mehr nach rückwärts schaut, als fordernd in die Entwicklung der Dinge einzugreifen sucht. Von unserem Standpunkte aus wünschen wir dem Zentrum mehr Weltoffenheit und Duldsamkeit. Wir werden immer gerne mit ihm eine Front bilden, wenn ein scharfer Kampf zu führen ist gegen Schmutz und Schand, gegen Unmoral und Vergewaltigung von Kirche und Religion. Wir werden uns auch gerne mit seinen Führern an den Beratungstisch setzen wenn es gilt, über soziale oder andere innerpolitische Fragen und Arbeit zu verhandeln. Aber wir wollen bei allem guten Einvernehmen in Sonderfällen nicht vergessen, daß wir eine Kulturpartei in des Wortes höchster Bedeutung sein wollen. Und als solche müssen wir uns den Blick frei und ungehindert halten für eine bedingungslose Prüfung aller Gegenwartsfragen. Wir wollen das Geistesleben in seiner Fülle auf uns wirken lassen, wollen es in jeder nur denkbaren Ausprägung achten und würdigen lernen. Jeder Lebenskreis soll sich frei nach den ihm eigenen Gesetzen entwickeln, und die einzelnen Sphären werden sich gewiß um so kräftiger unterstützen, je mehr sie auf die möglichste reine Entfaltung der ihnen zu Grunde liegenden Ideen bedacht sind. Die Kirche wird also am besten dem Staat dienen, je ausschließlicher sie sich um Religion und Sittlichkeit in ihrer Absolutheit bemüht. Die Schule wird am nachdrücklichsten die Erziehungsarbeit der Kirche vorbereiten und unterstützen, je unabhängiger sie in ihrer Eigenart.

geheiligt die religiösen Kräfte im Kinde weckt. Die Kunst hinwiederum wird um so kraftvoller die stille Gesehung unseres Volkes mitbewerkstelligen, je freier sie sich von Tendenz hält, also je bedingungsloser sie sich der Idee des Schönen unterwirft. Und die Wissenschaft schließlich wird um so wirkungsvoller den Fortschritt in Staat, Volkswirtschaft und Technik fördern, je ungehindeter sie sich ausschließlich durch den Gesichtspunkt der Wahrheit leiten läßt. Denn alle guten Kräfte, welche das Weltgeschehen bestimmen, sind doch letzten Endes Ausfluß desselben einen Gottesgeistes, und jede Verflüchtigung der Welt erfolgt aus der gleichen unergründlichen, aber natürlichen Kraftquelle.

G. Broglie.

Die Machtpolitik der Sozialdemokratie.

Der alte Buch sagt irgendwo in seiner „Frommen Lehre“, Tugend sei nur der Mangel an Gelegenheiten zum Sündigen. An dieses Wort wird man unwillkürlich erinnert, wenn man die Sozialdemokraten von heute mit denen von gestern vergleicht. Solange der Sozialismus nur mit Worten lebte, konnte, führte er laut nach Recht und Gerechtigkeit. Die Revolution hat ihm die Macht und die Maschinen gewährt in die Hand gegeben, und damit die Gelegenheit zum Sündigen. Allerdings, wer hätte geglaubt, daß der innewohnende Sozialismus so schnell der Versuchung anheimfallen würde? Aber es ist geschehen, anfänglich nur durch die Tat, aber heute bekennt er sich auch mit Worten zur Sünde und zu dem Grundgesetz: „Macht geht vor Recht“. In der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung vom Dienstag kamen die Kräfte für die Agitationsblätter und -plakate der A. u. S. Räte zur Sprache. Die Stadtverordneten wählten sich gegen die Bezahlung der Kosten für die rein parteipolitische Propaganda der A. u. S. Räte durch die Stadtkasse. Darauf erklärte der sozialdemokratische Stadtverordnete Helmski nach dem Bericht von Frankfurter Blättern: Wenn es sich um die Propaganda für die sozialistische Revolution handelte, müßten die Kosten von der Allgemeinheit getragen werden. Auf den lebhaften Widerspruch erwiderte Helmski: „Wer die Macht hat, hat das Recht“. Der Stadtverordnete Heilmann meinte dann, die sozialdemokratische Partei könne nun auf ihr Schild den Namen sozialistische Partei schreiben. Auf den gleichen Standpunkt wie der Frankfurter Stadtverordnete Helmski stellte sich am letzten Montag in einer Berliner Versammlung der Unabhängigen Sozialdemokraten. Sie erklärte kurz und bündig: „Der Sozialismus ist eine Machtfraße“. Die Tugend der Gerechtigkeit, auf die der Sozialismus vor dem 9. November so stolz war, scheint wirklich nur ein Mangel an Gelegenheit zur Macht gewesen zu sein.

Die Verfassung für die deutsche Republik.

Die vom Staatsminister Dr. Preuss veranlassete Kommission zur Vorbereitung des Grundgesetzes der deutschen Republik und ihrer Verfassung hat ihre Arbeit beendet. Auf Grund ihrer Vorarbeiten wird der Entwurf einer republikanischen Verfassung bald fertiggestellt sein und der Nationalversammlung, sobald sie zusammentritt, vorgelegt werden.

Die Ablieferung der Eisenbahnwagen.

Der französische Kriegsminister gibt den Zeitungen folgende Meldung: „Die Ablieferung der deutschen Eisenbahnmaterialien vollzieht sich langsam, aber ohne Widerstand. Die Deutschen haben zuerst verhandelt, und gründlich abgemessene französische Wagen zu liefern, aber die Annahmekommission hat nur zwei französische Wagen von neuem abgenommen. Die Kommission ist um so strenger, als der Beweis geliefert ist, daß Deutschland noch während des Krieges in Erwartung eines Tages neue Wagen in großer Menge gehabt hätte, und daß es über ein viel besseres Material verfügt, als man hätte annehmen können.“

Deutscher Goldtransport nach Paris.

Der auf Grund der Ziffer 19 des Waffenstillstandsvertrages fällige Transport des russischen Goldes ist am 7. Dezember in Saarbrücken und am 9. Dezember in Paris eingetroffen, begleitet von vier deutschen Finanzfachverständigen, die in der deutschen Volkswirtschaft in Paris Wohnung genommen haben. Übergabe und Nachprüfung des Goldes wird einige Zeit in Anspruch nehmen.

Arbeitsleistung als Kriegsentwädigung.

Nach den Waffenstillstandsbedingungen in Ungarn verpflichtet, eine entsprechende Anzahl von Arbeitern nach Serbien zu senden, die dort öffentliche Arbeiten verrichten sollen. In den nächsten Tagen werden bereits 2000 ungarische Arbeiter zum Wiederaufbau Serbiens dorthin abgehen.

Demobilisation bei den Alliierten.

Nach einem Bericht der Canadian Press teilte am Freitag ein Vertreter der Regierung der Kommer mit, daß am 25. Dezember die Demobilisation der Reservisten der Territorialarmee beginnen werde. Im ganzen werden 1200 000 Soldaten demobilisiert.

Nach einer Erklärung Nord's demobilisieren die Vereinigten Staaten jetzt täglich 15 000 Mann. Das Kriegsamte verfährt die Demobilisierung von 342 000 Mann in den Vereinigten Staaten und von 1 400 000 Mann von den Truppen Verbündeten in Europa, die so rasch wie möglich zurückgebracht werden sollen.

Die Kosten des Weltkrieges.

„Daily Express“ schreibt: Wieviel hat der Krieg gekostet? Die Beantwortung dieser Frage wird erschwert durch die große Zahl von Anleihen, die sich die verschiedenen Länder gegenseitig gewährten, wie zum Beispiel England an die Dominien, an Rußland, Belgien und Serbien, die Vereinigten Staaten den verschiedenen Verbündeten und Deutschland seinen Bundesgenossen gewährte. Ohne diese verwickelten Abmachungen zu berücksichtigen, können wir annehmen, daß die bisherigen Kriegskosten sich auf die einzelnen Nationen folgendermaßen verteilen (in Pfund Sterling — 20 Mark):

Verbandsmächte: England 8 000 000 000, Frankreich 4 000 000 000, Amerika 3 000 000 000, Italien 2 000 000 000, Japan, Belgien, Serbien usw. 750 000 000, Rußland 2 000 000 000, Gesamt 40 000 000 000.

Mittelmächte: Deutschland 7 500 000 000, Österreich 2 500 000 000, Bulgarien und Türkei 500 000 000, Gesamt 10 500 000 000. Insgesamt für alle Kriegführenden 50 000 000 000 Pfund Sterling (100 Milliarden Mk.).

Den Endsummen nach scheint es, als ob die Verbändsmächte fast doppelt soviel als ihre Gegner verbraucht hätten. Die Zahlen geben jedoch kein genaues Bild der Kosten, die jeder Partei an tragen hat. In denen Großbritannien und seine Verbündeten sind gewisse Beiträge für Renten und Pensionen enthalten, in den deutschen dagegen nicht. Sodann schließen die deutschen Ziffern nicht die riesigen Kosten ein, die die deutschen Bundesstaaten seit und noch auf Jahre hinaus zu tragen haben. Auf das Kriegskostenkonto der Verbändsmächte dagegen sind alle gemachten oder vorzusehenden Ausgaben gesetzt worden, von denen aber ein großer Teil wieder erlöst werden kann. So wird sich bei der Veröffentlichung der Schlußzahlen schließlich herausstellen, daß die Verbändsmächte in dem Kampf gegen den Militarismus weniger als 15 Milliarden Pfund Sterling gebraucht haben.

Petersburg unter der Bolschewistenherrschaft.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Petersburg: Eingetragene Flüchtlinge können das Leben in der russischen Hauptstadt als entsetzlich. Die Leute werden zu tausenden aus Hunger wahllos in die Straßen und Gassen auf Entdeckung gebracht. Jeden Tag werden hunderte von Leuten verhungert. Die Stadt entvölkert sich rasch. Die Zahl der Bewohner von Petersburg beträgt kaum noch 500 000. Die Hälfte aller Wohnungen ist von den „Roten“ und deren Familien in Beschlag genommen worden. Hotels, Gasthöfe und Geschäftshäuser sind geschlossen. Es gibt kaum noch eine bürgerliche Wohnung, in der nicht alles geraubt worden wäre. Zahlreiche Persönlichkeiten mit bekannten Namen wurden in den letzten Tagen erschossen.

Blide ins Chaos.

In Danzig wurde in der Sonntag noch die auf dem Bahnhofsgebäude wehende rote Fahne entfernt und durch eine schwarz-weiß-rote Fahne ersetzt. Infolgedessen riefen sich zahlreiche Arbeiter zusammen und hielten die schwarz-weiß-rote Fahne brennend. Schließlich wurde von der Menge das Bahnhofsgebäude gestürmt und eine große Anzahl von Gefangenen befreit. Es wurde viel geschossen. Jedoch scheint es keine Toten und Verwundeten gegeben zu haben.

Zu Zusammenstößen kam es in Lida zwischen deutschen Besatzungstruppen und Arbeitern der Spinnfabrikation, von denen von der Waffe Gebrauch gemacht wurde. Hierbei gab es Tote und Verwundete. 115 Arbeiter wurden verhaftet. Die Truppen hielten die Ruhe wieder her. Der Generalstreik wurde mit einem Demonstrationszug erklärt.

In einer Sitzung der Berliner Soldatenräte wurde über den Mißbrauch von Vollmachten gesprochen, die der Volksrat angeteilt hat. Dabei teilte das Mitglied des Volksrates Kreiskamer mit, daß am 21. November in Berlin ein Plakat des Volksrates angeschlagen wurde mit der Aufforderung an alle diejenigen, die mit der Überwindung einer Bedrohung beauftragt wurden, sich zu melden und eine Abschrift ihrer Vollmacht an den Volksrat einzubringen. Das nennt man die neue Freiheit! Man kann sich nun ungefähr ein Bild machen von dem ungeheuerlichen Mißbrauch, der mit solchen Vollmachten in der ersten Zeit der Revolution getrieben wurde. Denn jeder der neuen Freiheitskämpfer übte sich doch zum Meistern heraus. Eine Berliner Fabrik wurde eines Tages durch einen jungen Deutschen unter Vorzeigung einer solchen Vollmacht des Volksrates einfach besetzt mit der Begründung, der Betrieb müsse sofort sozialisiert werden!

In Mariendorf bei Berlin hat der A. u. S. Rat die Löhne wie folgt festgelegt: Bei siebenwöchiger Arbeitszeit erhalten gelernte Arbeiter und Feuerwehrende 20 Mark täglich, Transport- und Bauarbeiter 16 Mark, Frauen 11 Mark und Stroharbeiter und Gärtner 13 Mark. In einem Lazarett in Kolberg hat der A. u. S. Rat dem Oberarzt, der zu seiner Ausbildung ein langjähriges, sehr kostspieliges Studium braucht, 175 Mark monatlich bewilligt; das Sanitätsfranklein erhält 275 Mark und der Sanitätsfeldarzt 171 Mark monatlich.

Der Vorsitzende des Leipziger Soldatenrates ist wegen Ausübung seiner Amtsgewalt zu persönlichem Vorteil verhaftet worden. Gegen das Mitglied des Berliner Volksrates Wäner ist ein Verfahren eingeleitet, weil er als Versorgungsbezieher Lebensmittel anforderte und für sich verbrauchte.

*) Vergl. „Wiesbadener Zig.“ Nr. 640

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 19. Dezember.

Die französische Zeit ist, wie eine amtliche Verfügung an die Verwaltungsbehörden lautet, im ganzen Gebiet des Brückenkopfes Mainz für alle Dienste anzuwenden, ausgenommen die Eisenbahn, für die die deutsche Zeit in Kraft bleibt.

Fleischverteilung. Mit Rücksicht auf die Verkehrsbedürfnisse hat die Bezirksfleischstelle der Stadt vorläufig eine größere Viehmengende überwiesen. Da gleichzeitig die Aufrechterhaltung des Betriebes im Stadt-Rühlhause infolge des gegenwärtigen Rohmangel sehr erschwert ist, kann das Fleischamt die augenblicklich größeren Fleischvorräte nicht auf längere Zeit aufbewahren. Es wird daher in dieser Woche sowohl auf Fleischarten, als auf Fleischbezugsscheine die doppelte Fleischmenge veranschlagt. Zum Ausgleich dafür wird es nötig werden, nach Neujahr eine fleischlose Woche einzulegen.

Theater-Regulationen betreffend. Um Artisten zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß der Besuch der Theater und sonstigen Veranstaltungen nicht an eine Reglementation gebunden ist. Die gekürzten ernannten Bekanntheitsnachrichten richtet sich nur an die Inhaber der Theater und Vergnügungsbetriebe, die verpflichtet sind, solchen Herren der französischen Besatzung, die sich im Besitz eines Ausweises des militärischen Verwaltung der Stadt Wiesbaden befinden, jederzeit freien Zutritt zu gestatten.

Die Sperre des Eisenbahnverkehrs. Infolge der Besetzung der Brückenköpfe ist der durchgehende Eisenbahnverkehr vollständig gesperrt. Die Züge ab Wiesbaden verkehren nur bis Hildesheim, Hückel, Langenschwalbach und Niederrhausen.

Aufhebung der geistlichen Disziplin. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gibt unterm 27. Nov. bekannt: Mit dem Tage der Verkündung verordnen wir, was folgt: 1. Die geistliche Disziplin in Preußen ist von heute ab aufgehoben. 2. Die bisherigen Inhaber bleiben so lange im Amt, bis ihre Befugnisse durch die Kreisdisziplininspektoren übernommen sein werden. 3. Die Übernahme ist unverzüglich in die Wege zu leiten und muß am 31. Dezember abgeschlossen sein. — Die hiesige Regierung spricht im „Amtlichen Schulblatt“ den aus ihrem Nebenamt der Schulaufsicht ausgeschiedenen Disziplininspektoren Anerkennung und Dank aus für ihre auf diesem Gebiete geleistete treue und selbstlose Mitarbeit aus.

Vorschüsse auf Kriegsunterstützungen. Vom Kriegsunterstützungsamt der Stadt Freiburg wurden im vergangenen Winter an die Kriegervorfahren auf ihre Kriegsunterstützungen Vorschüsse zur Einlösung mit Kartoffeln aus den Beständen des Kommunalverbandes bewährt. Von dieser Veranstaltung haben gegen 500 Familien, d. h. rund 8 vom Hundert der Kriegsunterstützten bestehenden Familien überhaupt, Gebrauch gemacht. Die Vorschüsse haben rund 25 000 M. betragen. Dieses Verfahren soll auch im laufenden Winter durchgeführt werden.

Die Photographen sind augenblicklich hier die gefischten Leute infolge der Anordnung, daß die neu anzustellenden Personalausweise mit dem Bild des Eigentümers versehen sein müssen. Vor einzelnen Photographengehäften, namentlich denjenigen der Innenstadt, wo man die bekannten Schnellbilder, das Duzend für 1 M., erhalten konnte — ob man sie heute noch bei der starken Nachfrage so billig bekommt, wissen wir nicht — stehen die Leute Kolonnen, wie sie früher um Lebensmittel oder um Schuhe gekauften haben. In den Ateliers und Dunkelkammern muß jetzt mit Hochdruck gearbeitet werden, so daß der Photograph kaum Zeit hat: „Bitte, recht freundlich!“ zu sagen. Aber das wird wohl auch nicht nötig sein, weil jeder Kunde schon von sich aus ein vergnügtes Gesicht machen wird, wenn er nach langem Stehen endlich an die Reihe gekommen ist. Auf die Platte gebracht ist übrigens jeder schnell. Ob die Fertigstellung der Bilder auch so rasch vor sich geht, ist eine andere Frage bei diesem Massenansturm. Glücklicherweise ist aber auch die Photographenliste jetzt mit technischen Hilfsmitteln ausgestattet, die sie bei der Fertigstellung der Bilder nicht mehr vom Sonnenlicht allein abhängig machen, so daß man keine vierzehn Tage mehr zu warten braucht, bis man ein Probebild bekommt — wie früher.

Eine Kindesleiche wurde am 18. Dez. abends auf dem Wege gefunden, der von der Schandorfsstraße-Ecke Dohmerstraße nach dem Elstner Platz führt. Es handelt sich um eine Frühgeburt, die etwa drei Monate alt ist. Die Leiche war in ein Bettuch und in einen grauen und einen arabischen Padlog einwickelt und mit weißer Korsett-Lordel verpackt. Wer über die Herkunft des Kindes oder über die Mutter eine Mitteilung machen kann, wird gebeten, sich auf Zimmer 17 der Polizeidirektion zu melden.

Handüberfall. Vorgeraten abend wurden in der Krennstraße zwei Damen von einem Strolche überfallen, welcher der einen der Damen eine wertvolle Handtasche entriß. Einem Schutzmännchen, der die Distanz der Damen hörte, gelang es, den Dieb zu fassen. Bei seiner Untersuchung wurden verschiedene Gegenstände herausgelassen, die ihm vorzufinden, woraus zu schließen ist, daß man in ihm einen gefährlichen Einbrecher dingelt gemacht hat.

Reißer Alarm. In den letzten Tagen wurde die Feuerwache verschiedentlich alarmiert, ohne daß eine Veranlassung dazu vorlag. Es scheint sich um ein und dieselbe Person zu handeln, die sich mit diesem Unfug abhebt. Es wäre dringend erwünscht, wenn dieselbe ermittelt werden könnte.

Standesamt-Nachrichten vom 20. Dez. Sterbefälle: Am 17. Dezember Maria Rebe, Privatiers, 80 J. Am 18. Dez. Frau Christe Hoemann, geb. Drinhaus, 68 J. Am 19. Dez. Frau Anna Brühl, geb. Dröben, 72 J.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge, usw.
Raffaellisches Landestheater. Hiesigen Bühnenkassendirektor ist Pius Alexander Wolffs vollständiges Schauspiel „Proleten“ mit der Musik von Carl Maria von Weber wieder in den Spielplan aufgenommen worden und geht morgen Freitag, den 20. ds. Mts. im Abonnement B in Szene. Die

Zielrolle spielt Hrl. Meimert, in den weiteren Hauptrollen sind die Damen Doppelbauer, Ruhn und die Herren Albert, Bernhödt, Herrmann, Lehmann, Robins und Böhm beteiligt. (Anfang 4½ Uhr, neue Zeit.) Am Samstag, den 21. ds. Mts. geht das mit so großem Beifall aufgenommene Weihnachtsmärchen „Der Struwwelpeter“ im Abonnement D in Szene (Anfang 4½ Uhr neue Zeit). Der Vorverkauf beginnt am Vorstellungstage, vormittags 8 Uhr.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

F. A. Kattien. 18. Dez. Die hiesige Besatzung, bestehend aus weißen und farbigen französischen Kolonialsoldaten, trat vorgeraten früh auf Posten hier ein.

* **Frankfurt, 19. Dez.** Leichenländchen. Gestern vormittags um 12 Uhr wurde die Leiche einer etwa 17 bis 20 Jahre alten weiblichen Person an der Oberbrücke Schloß gefunden. Man vermutet, daß es sich um ein seit etwa 14 Tagen in Offenbach vermisstes Mädchen handelt.

* **Frankfurt, 18. Dez. Todesfall.** Am 9. Lebensjahre starb der wohlbekannte und als hervorragender Handelschemiker bekannte Professor Dr. G. Theodor Petersen. In den wissenschaftlichen Kreisen von Frankfurt erregte sich Professor Petersen besonders Aufsehen als langjähriger Vorsitzender des Physikalischen Vereins. Auch an der Spitze des Deutsch-Österreichischen Alpenvereins stand er lange Jahre.

F. A. Kattien. 18. Dez. Plötzlicher Tod. Generalleutnant Waldorf, bisher Kommandeur der 52. Reserve-Infanteriedivision, der nach mehrjähriger Abwesenheit im Felde gekehrt, von Frankfurt o. M. kommend, auf dem hiesigen Bahnhof eintraf und dort von seiner Frau erwartet wurde, erlitt beim Aussteigen aus dem Zuge, gerade als ihn seine Frau begrüßen wollte, vor Freude des Wiedersehens einen Herzschlag und starb auf der Stelle in den Armen seiner Frau.

Gericht und Rechtspflege.

Diebstahl und Hehlerei. Aus dem Decresdienste entlassen, kam der Arbeiter Heinrich Sch. nach Wiesbaden und heiratete. Es fehlte ihm aber manches Stück der Ausstattung, auch die Speisekammer war leer. Sein Freund Ernst Gr., der im hiesigen Parkhotel als Kuchenschaffner angestellt war, mußte bald Rat. Er besorgte aus dem Hotel Stühle, Tische, Töpfe usw. im Werte von mehreren tausend Mark, sowie für die Küche einen Stallhaken und zwei Herde, die gleich an Ort und Stelle abgehoben wurden. Die Strafkammer verurteilte Gr. wegen Diebstahl und Hehlerei zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Sch. kam wegen derselben Verfehlungen mit zwei Monaten und einer Woche Gefängnis davon.

Schriftleitung: Ferdinand Grothaus.
Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: F. Grothaus;
für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung- und volkswirtschaftlichen Teil: H. G. Effenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: L. G. Hans Sauer; für die Anzeigen: Jos. Böhler;
 sämtlich in Wiesbaden.
Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Deutsche Volkspartei.

Am Sonntag, den 22. Dezember 1918, nachmittags 4 Uhr (neue Zeit) findet in dem großen Saale der Turngesellschaft, Schwalbacher Straße 8, eine

Öffentliche Wähler-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

Die Ziele und Bestrebungen der Deutschen Volkspartei.

Der vorläufige Arbeitsausschuß der Deutschen Volkspartei
Wiesbaden.

Die Versammlung ist von der Kommandantur genehmigt.

11494

Hof-Atelier van Bosch

Inh. E. Adam
Schillerplatz 2

Passbilder in kürzester Frist.

11769

Fleischverteilung.

Infolge vorübergehend reichlicher Viehweidung und der durch den Kohlenmangel erschwerten Rinderzucht in den Stadt-Rühlhäusern wird in dieser Woche statt der angekündigten 200 Gt. eine Wochenmenge von

400 g Fleisch oder Wurst

auf Fleischkarte 1—10 verteilt.

Auf Fleischbezugscheine wird ebenfalls die doppelte Menge verabreicht.

Zum Ausgleich wird voranständig nach Neujahr eine fleischlose Woche eingelegt werden.

Wiesbaden, den 18. Dezember 1918.

Der Magistrat. 11496

Bekanntmachung.

Die von uns bis zum 1. Dezember ds. J. ausgeteilten blauen Besatzungsscheine für Jadenkleider, Mäntel und Oberkörbe sind bis 24. Dezember ds. J. bei den einschlägigen Geschäften einzulösen, da dieselben von diesem Tage an für ungültig erklärt werden.

Wiesbaden, den 18. Dezember 1918.

Städtisches Kriegswohlfahrtsamt. 11502

Bekanntmachung.

Ab 20. ds. Mts. wird die Annahme und Ausgabe von Filz- und Drahtstrümpfen um 6 Uhr abends geschlossen. Dagegen können Wagen in den bisherigen Zeiten be- und entladen und ebenso ihre Drahtstrümpfe aufsetzen oder eingestrichen werden.

Wiesbaden, den 17. Dezember 1918.

Eisenbahn-Verkehrsamt. 11500

Bekanntmachung.

Die planmäßige Tilgung zum 1. Juli 1919 auf die anfangs 4%, jetzt 3½%ige Anleihe der Stadt Wiesbaden, Buchstabe A, von 1891 mit 101 100 M. ist durch Rückkauf bewirkt worden, so daß eine Verlosung der Anleihe zu dem genannten Termin nicht erfolgt.

Wiesbaden, den 8. Dezember 1918.

Der Magistrat. 11490

Bekanntmachung.

Den Familien der entlassenen Kämpfe steht auf Grund der Verfassung des Ministeriums des Innern vom 6. Dezember ds. J. Reichs-Familienunterstützung (Staatsunterstützung) noch für zwei Halbmonatsraten nach der Entlassung zu.

Die Berechtigten können diese Beiträge bei der Kasse des Kriegswohlfahrtsamtes, Rheinstr. 36, in den bekannten Raten und nach Vorlage ihres Entlassungsscheines und ihrer Unterhaltungsbescheinigung oder des Gesundheitsausweises in Empfang nehmen und zwar in folgender Reihenfolge:

Familien mit dem Anfangsbuchstaben A—E Freitag, 20. 12. 18
F—K Samstag, 21. 12. 18
L—P Sonntag, 22. 12. 18
Q—U Montag, 23. 12. 18
V—Z Dienstag, 24. 12. 18

Die Kasse ist auch am Samstag, den 21. 12. von 8—6 Uhr nachmittags und am Sonntag, den 22. 12. in den Vormittagsstunden von 9—12 Uhr geöffnet.

Im Interesse einer schnellen Abfertigung werden die Unterhaltungsbescheinigungen erlucht, die bezeichneten Tage genau einzubringen.

Städt. Kriegswohlfahrtsamt. 11501

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß an den 2 letzten Sonntagen vor Weihnachten und zwar am 15. und 22. Dezember, für das Dankebegrüßung eine Verkaufszeit von 2—7 Uhr nachmittags freigegeben wird.

Wiesbaden, den 18. Dezember 1918.

Der Polizei-Direktor: Dr. Alberti. 11518

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die Polizeiverordnung vom 20. Febr. 1911 — betreffend Abordnung für Bienenböden — werden die Besitzer von Bienenböden hiermit aufgefordert, Anträge auf Abordnung ihrer Böden bis zum 31. ds. Mts. bei mir einzureichen.

Wiesbaden, den 18. Dezember 1918.

Der Polizei-Direktor: Dr. Alberti. 11517

Ordnentliche

Zeitungsträgerinnen

zum baldigen Eintritt bei
:-: gutem Lohn gesucht. :-:

Die Austragung erfolgt 2mal am Tage
:-: und zwar morgens und nachmittags :-:

Meldungen Nikolassstr. 11, Hof 11.

Wiesbadener Zeitung.

Die Wiedereöffnung meines

Damen- und Herrenreizegeschäfts

zeige hiermit ergebenst an.

Robert Theis

Bahnhofstrasse 8

Bahnhofstrasse 8.

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Die Einwohner werden dringend gebeten, gegenüber den Belohnungsgruppen sich ruhig zu verhalten. Eltern und Erzieher werden aus dringender Ursache, ihre Kinder zu belehren, daß sie jede unpassende oder feindselige Handlung zu unterlassen haben. Die Eltern und Erzieher sind halbfähig für die Kinder.

Sonnenberg, den 14. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Buchelt. 11512

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Die Einwohner werden dringend gebeten, die Bekanntmachungen während der Belohnungszeit abzurufen. Eltern und Erzieher werden gebeten, die Kinder gehörig zu warnen.

Sonnenberg, den 17. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Buchelt. 11513

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Belohnung treten heute für den Gemeindebezirk Sonnenberg in Kraft:

1. der Aufruf, angeordnet von dem Höchstkommmandierenden der Militärischen Armee.

2. die Polizeiverordnung des Kommandierenden Generals der Armee vom 1. Dezember 1918.

Abdrucke von dem Aufruf und von der Polizeiverordnung sind im unteren Rathaus für den Anfall der Belohnung in der Wiesbadener Neuesten Nachrichten vom 14. Dezember 1918. Ich bitte die Einwohner dringend, den Inhalt beider Veröffentlichungen auf das genaueste zu beachten. Bei Zuwiderhandlungen sind strenge Strafen zu gewärtigen.

Sonnenberg, den 14. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Buchelt. 11514